An

XXXXX

XXXXXX

**Brief zur Infrastrukturgesellschaft an MdB in den Wahlkreisen**

Liebe/r XXX,

im März 2017 soll das Gesetz zum Bund-LänderFinanzausgleich verabschiedet werden. Ein Teil dieses Gesetzes betrifft die Einrichtung einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft. Durch diese Verkehrsinfrastrukturgesellschaft würde eine weitgehende Privatisierung des Autobahnbaus (und des Autobahnbetriebs!) ermöglicht. Dies gilt es zu verhindern! Ich/wir bitte/n dich daher, dem Vorhaben nicht zuzustimmen.

Der Bundesrechnungshof und auch Rechtsgutachten bestätigen, dass zwar die neue Gesellschaft per Grundgesetz unveräußerlich sein soll, aber damit wird nur ein kleiner Teil der möglichen Privatisierungen verhindert. Private Anleger können einzelne Unternehmensteile, Anleihen, Genussscheine, stille Beteiligungen und ÖPP-Verträge kaufen.

Private Anleger könnten sogar die Möglichkeit bekommen, Einfluss auf die Höhe der Maut für Lkws und Pkws zu nehmen. Verhältnisse wie in Frankreich, wo ja heftig abkassiert wird, sind nicht ausgeschlossen. Der Bundesrechnungshof schreibt dazu: „Das staatliche Monopol würde auf Private übergehen.“

Das Projekt ist darauf ausgelegt, privatem Kapital den Zugang zum Autobahnbau zu ermöglichen. Denn Allianz, Ergo und Co. haben durch die Niedrigzinsphase ein großes Problem. Das würde durch dieses Vorhaben gelöst: hochverzinste Anlageformen in Projekten, für die letztlich immer der Staat haftet!

Das lässt sich auch mit einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht verhindern, und auch nicht mit weiteren Veräußerungsverboten. Der Bundesrechnungshof schätzt bspw., dass 11.000 bis 12.000 Beschäftigte benötigt werden, um den übertragenen Aufgaben gerecht zu werden. Die Bundesregierung selbst geht nur von 1.300 Beschäftigten aus – und genau deswegen soll erlaubt werden, „Aufgaben an Dritte zu übertragen“.

Privatisierung ist also notwendig, um bei der neuen Infrastrukturgesellschaft ein Chaos zu verhindern.

Die Länder werden diese Privatisierung nicht verhindern: Sie bekommen aus dem Gesamtpaket 9,75 Milliarden Euro jährlich vom Bund, und für die Kommunen ist ein 3,5-Milliarden-Euro-Finanzhilfepaket enthalten.

**Was wäre die Lösung!**

**Getrennte Abstimmung verlangen!**

* Die Kombination im Paket von Finanzausgleich und Autobahnprivatisierung ist inhaltlich nicht gerechtfertigt. Ich/wir bitte/n dich daher, dich im parlamentarischen Verfahren dafür einzusetzen, dass beides getrennt abgestimmt wird!

**„Nein“ bei Abstimmung über das Gesamtpaket!**

* Stimme der Autobahnprivatisierung nicht zu. „Ja“ zu mehr Geld für Länder und Kommunen, aber ein klares, eindeutiges „Nein“ zu Privatisierung. Wenn beides zusammenkommt: „Nein“ zu dem ganzen Paket. Dann müssten eben neue Anträge für mehr Geld für Länder und Kommunen gestellt werden, aber ohne Privatisierungsvorhaben.

Wir unterstützen dich gern und freuen uns über deine klare Haltung gegen ÖPP!

Mit solidarischen Grüßen

NAME  
DL LANDESVERBAND